

SÜDKURIER

CORONA-KRISE

Es steht Großes auf dem Spiel



Die große Politik verspielt gerade viel Vertrauen der Bürger. Das ist in einem Jahr mit wichtigen Wahlen durchaus gefährlich.

VON STEFAN LUTZ

Demokratien leben davon, dass eine möglichst große Anzahl politisch Interessierter um die besten Ideen ringt und unsere Gesellschaft mitgestaltet. Dass Menschen, die keine Berufspolitiker sind, Lust haben, ihre Gedanken zu entwerfen und einzubringen. Immer in der Hoffnung, dass sie gehört werden von den Profis in der Politik. Von denjenigen Leuten also, die eine gehörige Portion Mitverantwortung tragen für unsere Gemeinschaft.

Doch die Lust geht im Moment rasend und gefährlich schnell verloren. Weil viele Menschen sich nicht mehr sicher sind, ob an den maßgeblichen Stellen der politischen Macht wirklich echte Profis sitzen und zuhören wollen oder aber nur Menschen, die sich für Profis halten.

Nach einer Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg fühlt sich jeder zweite Bürger in unserem Bundesland ohnmächtig, weil er sich in der Corona-Krise mit Kritik und Anregungen an niemanden wenden kann. Das heißt übersetzt: Die Menschen sind sich nicht sicher, ob ihre Auffassung überhaupt noch ernst genommen wird. Woher dieser Eindruck kommt, darüber lässt sich abendfüllend spekulieren. Ganz sicher spielt aber der verheerende Eindruck eine Rolle, den maßgebliche Politiker derzeit hinterlassen: nämlich eine Mischung aus Überforderung, Überheblichkeit und Selbstbeschäftigung.

Wenn aus Konferenzen der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten bekannt wird, dass Markus Söder den Finanzminister Olaf Scholz anraunt mit den Worten „Da brauchen Sie gar nicht so schlumpfig herumzugrinsen“ und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig einwirft „Ausgerechnet von Ihnen, Herr Söder“ – was ist das dann? Seriose Krisenbewältigung oder Kindergarten? Und wenn sich im Fernseh-Spitzenduell vor der Landtagswahl Susanne Eisenmann und Winfried Kretschmann um das angebliche oder tatsächliche Versenden einer E-Mail streiten anstatt beispielsweise über die Zukunft unserer Schulen – was ist das dann? Kleine Kachel oder großes Kino?

Was derzeit auf dem Spiel steht, ist nicht mehr und nicht weniger als das Vertrauen in Politik und in unseren Staat. Die Corona-Krise macht Defizite ungeheuren Ausmaßes sichtbar – sowohl im Bund als auch in den Bundesländern und, ja, auch in Baden-

Württemberg. So ungeheuerlich groß, dass sich Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus zu der Feststellung hinreißen ließ: „Deutschland braucht eine Jahrhundert-Reform – vielleicht sogar eine Revolution.“

Jahrzehntelang galt die Bundesrepublik als Organisations-Weltmeister – heute ist das Land nicht einmal mehr Organisations-Weltmeister der Herzen, sondern wirkt wie ein Amateurligist. Schon früh in der Pandemie war klar, dass die Bewältigung der Krise im Wesentlichen aus vier Säulen besteht: der Vernunft der Menschen, einer funktionierenden digitalen Kommunikationsstruktur, einer Impfstrategie und einem belastbaren Plan fürs Testen. Und wo stehen wir heute?

Am Rand des Staatsversagens

Die Corona-App – ein Schlag ins Wasser. Die Gesundheitsämter – nach zwölf Monaten Krise immer noch nicht mit einer einheitlichen Software verbunden. Die digitale Ausstattung an unseren Schulen – ein Desaster. Die Impfstrategie – ein hilfloses Durcheinander. Gesundheitsminister Manfred Lucha beispielsweise verteilt Impfdosen gleichmäßig auf die Landkreise Baden-Württembergs, anstatt die Bevölkerungszahl zur Grundlage zu nehmen. Und flächendeckende Schnelltests? Da wurde in dieser Woche eine sogenannte Task Force gegründet mit der Aufgabe, sich um die Anschaffung dieser Tests zu kümmern. Sie haben richtig gelesen: sich um die Anschaffung zu kümmern. In dieser Woche gegründet.

Kritiker verwenden für diese Umstände das große Wort des Staatsversagens. Folgt man dem Fraktionschef von CDU/CSU, ist es genau das. Die Verwaltungsstrukturen und die Entscheidungsprozesse in unserem Land sind nicht dafür gemacht, eine Krise zu managen. Da wird lieber monatlang um Kompetenzen gerangelt.

In der Umfrage der Tageszeitungen wurden die Menschen auch gefragt, welches die wichtigsten Aufgaben für eine erfolgreiche Zukunft unseres Bundeslandes sind. Erst auf Platz 14 kommt der Punkt „für eine effiziente Verwaltung zu sorgen“. Diese Einordnung muss man hinterfragen, denn die Trägheit unseres Landes hat auch sehr viel mit völlig veralteten Strukturen in den Verwaltungen zu tun. Dem nächsten Ministerpräsidenten und dem nächsten Kanzler mag man zurufen: Das Thema gehört nicht auf Platz 14, es gehört auf Platz 1. Denn wenn die Administration besser, effizienter und entscheidungsfreudiger läuft, dann geht's auch bei anderen Themen vorwärts. Auch, wenn eine Verwaltungsreform unsexy ist.

stefan.lutz@suedkurier.de



Die Zustimmung der Bürger zum Corona-Management der Landesregierung bricht ein. Von links: Sozialminister Manfred Lucha (Grüne), CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann und Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). BILD: DPA

Bürger stellen Grün-Schwarz ein mäßiges Zeugnis aus

BaWü-Check, Teil 5: Nur ein Drittel der Befragten bewertet die Arbeit der Regierung nach fünf Jahren als erfolgreich. Die Bürger fühlen sich von der Politik zunehmend allein gelassen



VON ULRIKE BÄUERLEIN
ulrike.baerlein@suedkurier.de

Für Grüne und CDU, für die Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann und Susanne Eisenmann, werden die letzten Meter bis zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14. März noch quälend lang. Denn worauf fast ein Jahr lang Verlass war, das beginnt nun zu schwinden: Die Zustimmung der Bürger zum Corona-Management der Landesregierung bricht ein.

Die politischen Strategen der Parteien dürften den nun vorliegenden fünften Teil des BaWü-Checks der baden-württembergischen Tageszeitungen, der das politische Meinungsklima im Land im Februar erhoben hat, mit bangen Blicken auf den Kalender bewerten. Das Allensbacher Institut für Demoskopie (IfD) hat bei seiner Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen auf der Zielgeraden vor der Landtagswahl bei den Bürgern um eine Bilanz der Arbeit der Landesregierung zum Ende der Legislaturperiode gebeten.

Die Erhebung fand allerdings vor der jüngsten Verwirrungsrunde am Mittwoch zwischen den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin über Öffnungs- und Impfstrategien statt. Wie wird sich der wachsende Unmut in den Wahlergebnissen von Grünen und CDU niederschlagen? Kommt es zur Protest-

wahl der Corona-Unzufriedenen? Der Trend jedenfalls ist deutlich. In den letzten Wochen ist die Anerkennung für das Krisenmanagement der Politik auf Bundes- wie auf Länderebene gesunken. Auf Bundesebene überwiegt mittlerweile die Kritik, in Baden-Württemberg fällt die Bilanz zurzeit noch etwas positiver aus. Noch 54 Prozent der Bürger attestierten der Landesregierung im Februar gute oder sogar sehr gute Arbeit. Ein Drittel der Bürger (37 Prozent) äußern sich bereits kritisch.

Vor allem ein Aspekt könnte bei der Landtagswahl ins Gewicht fallen: Die Bürger fühlen sich von der Politik allein gelassen. Wenn jeder zweite Bürger (50 Prozent) sich ohnmächtig fühlt und angibt, dass man sich mit Kritik und Anregungen zur Corona-Politik an keine staatliche Stelle wenden könne, ist es nicht weit her mit der „Politik des Gehörtwerdens“, die Regierungschef Winfried Kretschmann einst zu Beginn seiner Amtszeit versprach. Und dass die Ohnmachtsgefühle unter Eltern noch größer sind, kann die Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann auch nicht gerade als Zustimmung werten. Nur knapp ein Drittel der Baden-Württemberger (32 Prozent) bewerten die Arbeit der grün-schwarzen Landes-

regierung nach fünf Jahren als „erfolgreich“. Kaum weniger Bürger stellen ihr ein schlechtes Arbeitszeugnis aus – 26 Prozent hält sie für „nicht erfolgreich“.

Die wirklich dramatische Zahl aber ist eine andere. Was bedeutet es, wenn 42 Prozent der Bürger kein Urteil über die Landesregierung abgeben wollen oder können? Landespolitik, die doch in vielen Bereichen – Polizei und Sicherheit, Bildung, Finanzen und vor allem in der Verwaltung – unmittelbar den Alltag der Bürger betrifft, interessiert offenbar viele Menschen nicht oder findet unter dem Aufmerksamkeitsradar statt. Die politische Blase in Stuttgart mit all ihren Wichtigkeiten und Aufregtheiten, mit ihren Grabenkämpfen und Scharmützeln um Deutungshoheiten und Nuancen – sie scheint völlig losgelöst vom Wahrnehmungshorizont vieler Bürger. Zwangsläufig überträgt sich dieses Desinteresse auch auf die handelnden

Personen. Selbst landespolitische Spitzenkräfte sind weiten Teilen der Bevölkerung kaum bekannt.

Keine Sorgen machen muss sich in dieser Hinsicht lediglich der Ministerpräsident. Dass Winfried Kretschmann nach zehn Jahren an der Spitze der Regierung fast jedem Bürger im Land bekannt ist (92 Prozent), verwundert nicht. Die CDU-Herausforderin Susanne Eisenmann ist immerhin mittlerweile fast zwei Dritteln der Menschen im Land bekannt (63 Prozent). Aber die Spitzenleute von SPD, FDP und AfD kennt selbst wenige Wochen vor der Landtagswahl namentlich nur ein Bruchteil der Menschen.

Bekannt heißt aber nicht populär. Ausnahme ist wieder Regierungschef Winfried Kretschmann, von dem 72 Prozent eine gute Meinung haben. Eine bittere Pille hat hier die CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann zu schlucken. Sie erfährt fast ebenso viel Ablehnung wie der Ministerpräsident Zustimmung. Über zwei Drittel (68 Prozent) der Bürger, die ihren Namen kennen, haben keine gute Meinung von ihr. Schlechter schneidet unter den Spitzenkräften der Parteien nur der AfD-Spitzenkandidat Bernd Gögel (73 Prozent) ab.

Für die 55-Jährige, die als dynamischer, weiblicher Gegenentwurf zum 72-jährigen Kretschmann in den Wahlkampf gezogen ist, die erste Ministerpräsidentin werden und in der CDU und im Land Aufbruchsstimmung vermitteln will, ist dieser Wert so kurz vor der Wahl ein Tiefschlag. Und dass der CDU-Landeschef und Innenminister Thomas Strobl, den Eisenmann im Kampf um die Spitzenkandidatur unsanft aus dem Weg geräumt hat, kaum weniger bekannt, aber deutlich populärer ist als sie – 46 Prozent der Bürger haben eine gute Meinung von Strobl –, dürfte die Stimmung bei Susanne Eisenmann kaum heben. Es werden lange letzte Meter bis zur Wahl.



Teilweise unterschiedliche Prioritäten von Männern und Frauen

Frage: „Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern?“

	Angaben in Prozent	
	Männer	Frauen
Die Ausbreitung des Coronavirus bekämpfen	67	67
Unternehmen und Selbstständige, die von der Corona-Krise betroffen sind, finanziell unterstützen	61	66
Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen	60	72
Die digitale Ausstattung von Schulen verbessern	58	57
Für flächendeckend schnelles Internet sorgen	58	50
Den Umwelt- und Klimaschutz fördern	52	52
Das Straßen- und Schienennetz in Baden-Württemberg verbessern bzw. ausbauen	47	32
Bekämpfung der Kriminalität, Schutz vor Verbrechen	45	50
Wissenschaftlichen Fortschritt und Innovationen fördern	45	28
Gute Standortbedingungen für Unternehmen in Baden-Württemberg schaffen	44	36
Für eine effiziente Verwaltung sorgen	37	21
Junge Familien mit Kindern stärker fördern	35	36
Eine verlässliche Kinderbetreuung sicherstellen	35	40
Die Arbeitslosigkeit im Land bekämpfen	35	38

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6163/V // GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015
European Newspaper Award 2011-2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020

Chefredakteur: Stefan Lutz (ViSdP)
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokale)
Leitender Redakteur: Dieter Löffler. **Politik und Hintergrund:** Dieter Löffler (Leitung), David Bäuerle, Ulrike Bäuerlein (Stuttgart), Dominik Dose, Uli Fricker, Birgit Hofmann, Nils Köhler, Dr. Alexander Michel, Mirjam Moll, Wolfgang Wissler, Angelika Wohlfrom. **Wirtschaft:** Walther Rosenberger (Leitung), Julia Kipping, Hildegard Linßen. **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier (Leitung), Nicole Rieß, Dr. Elisabeth Schwind. **Sport:** Dirk Salzmann (Leitung). **Regelmäßige Sonderseiten und Beilagen, „SÜDKURIER Wochenende“:** Beate Schierle, Roland Wallisch. **Schlussredaktion:** Elisabeth Marder.

Außenredaktionen in Bad Säckingen, Blumberg, Donaueschingen, Friedrichshafen, Furtwangen, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Radolfzell, St. Georgen, Singen, Stockach, Triberg, Überlingen, Villingen-Schwenningen, Waldshut-Tiengen.
Ständige Korrespondenten unter anderem in: Berlin, Dresden, München, Stuttgart, Brüssel, Den Haag, Genf, Kapstadt, Kopenhagen, London, Madrid, Moskau, Neu Delhi, Paris, Peking, Rio de Janeiro, Tel Aviv, Warschau, Washington, Wien, Zürich.
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH
Geschäftsführer: Michel Bieler-Loop, Peter Selzer
Vertrieb: Sabine Schilling **Zustellung:** Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 07531/999-0, Telefax 07531/999-1485
Internet: <https://www.suedkurier.de>
<https://www.suedkurier-medienhaus.de>
E-Mail: redaktion@suedkurier.de

Commerzbank AG, Konstanz
IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00
BIC COBADE33XXX
Anzeigen und Werbervermarktung:
SK ONE GmbH
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
E-Mail: info@sk-one.de; anzeigen@sk-one.de
Internet: <https://www.sk-one.de>
Anzeigen: Michael Schmierer (verantwortlich)
Regional: Tobias Gräser, Thomas Sausen
Abo-Service und Kleinanzeigen:
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000
service@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180

Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 89 vom 01. 01. 2021 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.

